

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal **M. 2,50.**

Inhalt:

	Seite		Seite
Eindrücke aus der italienischen Arbeiterbewegung. III.	529	Kongresse. Die 14. Jahreskonferenz der briti-	
Gesetzgebung und Verwaltung. Die sächsische Ge-		schen Föderation der Gewerkschaften . . .	539
werbeinspektion im Jahre 1912	531	Kartelle, Sekretariate. Vertreter für den Arbeitersekretär	
Statistik und Volkswirtschaft. Die Streiks in		in Brandenburg gesucht . . .	540
Frankreich 1911	533	Anderer Organisationen. Gemeinsame Kampfes-	
Wirtschaftliche Rundschau	534	front der Bergleute	540
Arbeiterbewegung. Aus dem Jahresbericht des		Mittelungen. Für die Verbandsexpeditionen. — Unter-	
Transportarbeiterverbandes. — Aus den		stützungsvereinigung	540
deutschen Gewerkschaften	535	Hierzu: Statistische Beilage Nr. 6. Die Gewerkschafts-	
		organisationen im Deutschen Reich im Jahre 1912.	

Eindrücke von der Italienischen Arbeiterbewegung.

Von Joh. Sassenbach.

III. Gewerkschaften und Genossenschaften.

Das Genossenschaftswesen ist in Italien stark entwickelt. Weniger die Konsumvereine als die Produktiv- und ganz besonders die Arbeitsgenossenschaften. Letztere bestehen darin, daß Arbeiter sich zusammenschließen, um öffentliche Arbeiten und Arbeiten für Private unter Ausschluß des Unternehmers auszuführen. Es gibt sowohl landwirtschaftliche wie auch industrielle Arbeitsgenossenschaften.

Die Genossenschaftsbildung wird in Italien durch Gesetzgebung, Regierung und Gemeinden gefördert. Bei Vergabe öffentlicher Arbeiten werden den Arbeitsgenossenschaften Vorteile gegenüber Privatunternehmern eingeräumt. Ueber die Hälfte der öffentlichen Arbeiten werden durch Genossenschaften ausgeführt. Auch Unternehmer und Private tragen kein Bedenken, ihre Arbeiten durch solche Arbeitsgenossenschaften ausführen zu lassen.

Im Jahre 1886 fand in Mailand der erste Kongreß der Genossenschaften statt, der zur Begründung einer Nationalen Vereinigung der italienischen Genossenschaften führte. Dieser Vereinigung waren im Jahre 1911, zur Feier des 25 jährigen Bestehens, rund 2000 Genossenschaften angeschlossen.

Die der italienischen Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften stehen mit den Genossenschaften in freundschaftlichen Beziehungen. Dieses trifft sowohl auf die centralen Körperschaften zu, die beide ihren Sitz in Mailand haben, wie auch auf die Bewegung an den einzelnen Orten. Diese guten Beziehungen wurden mir von syndikalistischer Seite als schädlich und hemmend für die Gewerkschaftsbewegung bezeichnet; von reformistischer Seite wird dagegen ein solcher schädlicher Einfluß bestritten und habe ich ihn auch nirgends feststellen können. Allerdings ist anzunehmen, daß die Genossenschaften der Taktik der Syndikalisten nicht besonders freundlich gegenüberstehen; einer wirklichen Gewerkschaftsarbeit können sie indessen gute Hilfe leisten. Man

findet auch, daß die Genossenschaften da am stärksten sind, wo die zur Generalkommission haltenden Gewerkschaften vorherrschen.

Die Arbeitsgenossenschaften stehen, soweit ich Statuten in die Hände bekommen habe, jedem Berufsgenossen offen, ebenso kann die Berufsorganisation Mitglied der Genossenschaft werden. Es ist also ausgeschlossen, daß sich eine kleine Arbeiteraristokratie bildet, die vielleicht andere Arbeiter ausbeutet. Auch die Verteilung der Ueberschüsse ist eine durchaus gerechte. So hat die Genossenschaft der Buchdrucker von Florenz die Bestimmung, daß vom Ueberschuß 10 Proz. in den Reservefonds gehen, 10 Proz. werden einem Unterstützungsfonds überwiesen, 5 Proz. des Ueberschusses werden als Dividende verteilt mit der Maßgabe, daß überhaupt nicht mehr als 5 Proz. Dividende auf die einzelnen Geschäftsanteile gezahlt werden darf, und die restlichen 75 Proz. werden nach Maßgabe der geleisteten Arbeit an die Mitglieder und etwa beschäftigt gewesene Nichtmitglieder verteilt. Die Wasserleitungsarbeiter in Florenz haben dieselbe Bestimmung, nur mit der Ausnahme, daß der auf Nichtmitglieder entfallende Arbeitsanteil nicht an diese ausgezahlt, sondern dem Reservefonds überwiesen wird. Die Metallarbeiter-Genossenschaft im Hafen von Genua zahlt 10 Proz. in den Reservefonds, 20 Proz. in den Unterstützungsfonds, 20 Proz. als Dividende, ebenfalls mit der Beschränkung, daß nicht mehr als 5 Proz. auf die einzelnen Geschäftsanteile gezahlt werden darf. Der Rest wird auch hier nach Maßgabe der geleisteten Arbeit verteilt, doch wird der Genossenschaftsversammlung das Recht vorbehalten, diesen Rest ganz oder teilweise dem Reservefonds oder dem Unterstützungsfonds zu überweisen.

Die Löhne sind mit den Arbeiterorganisationen vereinbart. Die Mitglieder der Genossenschaft haben zunächst ein Recht auf Arbeit, wenn mehr Arbeiter gebraucht werden, können auch Nichtgenossen eingestellt werden. Bei Mangel an Arbeit ist zunächst eine Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen, dann werden zuerst die Nichtgenossen und weiterhin die zuletzt in Beschäftigung getretenen Mitglieder entlassen. Die Leitung der Genossenschaft wird im allgemeinen auf ein Jahr gewählt.

In der im Jahre 1911 zum 25-jährigen Bestehen der Nationalen Vereinigung der Genossenschaften herausgegebenen Zeitschrift wird auf eine Statistik vom 31. Dezember 1902 hingewiesen; dieses ist die letzte allgemeine Statistik. Von den vielen interessanten Angaben, die in dieser Statistik enthalten sind, seien nur diejenigen herausgegriffen, die auf das geschäftliche Ergebnis der Genossenschaften Bezug haben. Ich nehme an, daß die gemachten Mitteilungen sich auf das Geschäftsjahr 1902 beziehen; eine Angabe des Zeitraums war nirgends zu finden. Demnach haben von 1714 Genossenschaften, die Berichte eingekandt haben, 142 einen Verlust von 292 424,76 Lire, also im Durchschnitt pro Genossenschaft 2099,33 Lire, und 1572 einen Gewinn von 4 756 781 Lire, also im Durchschnitt 2912 Lire, zu verzeichnen gehabt. Im allgemeinen schwankt selbstverständlich das geschäftliche Ergebnis von einem Jahre zum anderen.

Wie schon gesagt, ist nicht einzusehen, daß diese Arbeitsgenossenschaften die Gewerkschaftsbewegung schädigen, sie können vielmehr bei verschiedenen Gelegenheiten eine Stütze der Gewerkschaften sein. Tatsächlich liegt auch an einzelnen Orten der Stützpunkt der Gewerkschaftsbewegung in einer der dortigen Arbeitsgenossenschaften. Eine Gefahr für die Genossenschaften ist darin zu erblicken, daß sie zu sehr vom guten Willen des Staates und der Gemeinden abhängig sind. Ueber die Hälfte der Arbeit der Genossenschaften soll öffentliche Arbeit sein. Anscheinend unternimmt der in Deutschland sehr einflußreiche und laut schreiende Mittelstand in Italien nichts gegen die Genossenschaften, auch die Großunternehmer finden sich mit der Bevorzugung der Genossenschaften ab. Es kann aber auch einmal ein anderer Wind wehen und dann scheint mir die Lebenssicherheit der Genossenschaften zweifelhaft zu werden. Nirgendeine prinzipielle Bedeutung haben diese Genossenschaften nicht.

Fast in allen Städten und auch in Dörfern bestehen Arbeitsgenossenschaften der Maurer, Tischler, Metallarbeiter, Buchdrucker usw. Auf dem Lande gibt es Arbeitsgenossenschaften der Arbeiter und Bauern. Neben den einzelnen Genossenschaften gibt es noch die örtlichen und provinziellen Zusammenschlüsse. Diese „Conforzi“ sind im Genossenschaftsgesetz vorgesehen und haben ebenso wie die einzelnen Genossenschaften das Recht einer juristischen Person. Sie sollen die allgemeinen und gemeinsamen Interessen der angeschlossenen Organisationen wahren, sollen die schwachen Genossenschaften stützen, haben aber auch die Aufgabe, solche Arbeiten zu übernehmen, die für die einzelnen Genossenschaften zu umfangreich sind.

Wohl nirgendwo in Italien ist das Genossenschaftswesen so ausgebaut, wie in Reggio-Emilia. Nicht allein die Stadt, sondern die ganze Umgegend bis zu meilenweiten Entfernungen ist mit einem Netz von genossenschaftlichen Einrichtungen bedeckt. Neben den auch anderwärts anzutreffenden, wenn auch vielfach weniger ausgebauten genossenschaftlichen Einrichtungen besitzt das Conforzio von Reggio-Emilia eine 28 Kilometer lange, an das Staatseisenbahnnetz angeschlossene Eisenbahn. Gelegentlich der letzten Turiner Ausstellung sind die Arbeiter von Reggio-Emilia mit eigener bekränzter Lokomotive und eigenen Wagen nach Turin gefahren unter dem Jubel der Arbeiterschaft und der Bahnbeamten der Orte, die der Zug durchfuhr.

Ungefähr zehn Kilometer von Reggio-Emilia entfernt hat eine ländliche Arbeitergenossenschaft ein

Gut im Umfange von 400 Hektar gekauft; hierzu wurden noch 250 Hektar zugemietet. Dieses Gut, auf dem über vierhundert Stück Rindvieh gehalten werden, wird genossenschaftlich bewirtschaftet und beschäftigt 300—350 Genossenschaftler.

Das Conforzio von Ravenna hat am Adriatischen Meer (Ravenna lag zur Zeit der Völkerwanderung am Meer, aber heute ungefähr zehn Kilometer davon ab) einen Grundbesitz von zwanzig Quadratkilometer gekauft, um diesen zu kultivieren. Es handelt sich um Land, das zum erstenmal vom Pfluge berührt wird; bisher versumpft, ist das Terrain durch Kanalanlagen entwässert worden. Zwei Dampfpflüge waren beschäftigt, die Erde aufzureißen. Dann wird der Grund an einzelne Arbeitergenossenschaften zur Bearbeitung übergeben, die für ihre Arbeit den allgemein vereinbarten Lohn erhalten und darüber hinaus in der bereits angeführten Weise gemäß der geleisteten Arbeit am Ueberschuß beteiligt sind. Die Bewirtschaftung erfolgt für Rechnung des Conforzio von Ravenna.

Interessant sind die Genossenschaftseinrichtungen im Hafen von Genua. Hier werden fast alle Arbeiten durch Arbeitsgenossenschaften ausgeführt. Der Hafen von Genua hat durch ein besonderes Gesetz Selbstverwaltung erhalten und ist unabhängig von der Verwaltung der Stadt Genua. Die Verwaltungsbehörde des Hafens setzt sich zusammen aus einem von der Regierung ernannten Vorsitzenden, aus einer Anzahl von den verschiedensten Körperschaften bestimmten Mitgliedern und aus zwei von den im Hafen beschäftigten Arbeitern gewählten Vertretern. Dieser Verwaltungsausschuß hat unter anderem auch das Recht, für die im Hafen zu leistenden Arbeiten die Preise festzusetzen. Zu diesen festgesetzten Preisen müssen die Arbeiten durch die Arbeitsgenossenschaften ausgeführt werden und den Schiffseigentümern bleibt nichts anderes übrig, als die von der Verwaltungsbehörde festgesetzten Preise zu zahlen. Wenn z. B. ein Kohlenschiff entladen werden soll, so wird der Auftrag zur Entladung der Arbeitsgenossenschaft erteilt und diese läßt die Arbeit durch ihre Mitglieder ausführen; die Genossenschaft zahlt dann täglich den von den einzelnen Arbeitern verdienten Lohn aus. Die Leitung der Arbeit liegt in den Händen der von den Arbeitern gewählten „Console“, von denen jeder für einen bestimmten Teil des Hafens zuständig ist.

Im Hafen von Genua besteht auch eine Genossenschaft der Metallarbeiter, die sich mit Schiffsreparaturen beschäftigt. Obgleich diese Genossenschaft kein Monopol besitzt, sondern mit Privatunternehmern in freiem Wettbewerb steht, hat sie doch im abgelaufenen Geschäftsjahr allein 420 000 Lire an Löhnen auszahlen können. Sie besitzt für 350 000 Mk. Maschinen und Werkzeuge. Die Hafenbehörde steht dieser Genossenschaft sehr freundlich gegenüber und hat ihr ein großes, mitten im Hafengebiet liegendes Grundstück für ihre ausgedehnten Werkstätten überlassen.

Die drei im Hafengebiet liegenden Speisehäuser werden ebenfalls genossenschaftlich betrieben.

Es müßte sehr interessant sein, das vielgestaltete Genossenschaftswesen Italiens eingehend zu studieren. Dazu reicht indessen ein kurzer Besuch, bei dem man sehr vom Zufall abhängig ist, nicht aus. Man müßte die Möglichkeit haben, auch mit den Arbeitern in offener Weise über ihre Auffassung zu sprechen. Vielleicht würde man dann auch verschiedene Schatten zu sehen bekommen, die sich bei einem unter Führung der leitenden Personen vorgenommenen kurzen Besuch nicht ohne weiteres zeigen.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Die sächsische Gewerbeinspektion im Jahre 1912.

In Sachsen, wie wahrscheinlich auch mit wenigen Ausnahmen in den anderen deutschen Vaterländern wird der Bericht der Fabrikinspektoren immer dürftiger und trodener. Der bekannte vor einigen Jahren erfolgte Erlaß des Reichskanzlers über die Form der Berichte ist wie ein Meiß in der Frühlingsnacht auf etwa vorhandenen sozialreformerischen Eifer der berichterstattenden Beamten gefallen, die infolge ihrer Tätigkeit geradezu berufen und befähigt wären, die ungeheuren Schäden unserer kapitalistischen Produktionsweise aufzuzeigen und Mittel zu ihrer Milderung anzugeben. Aber auch in dieser kontingentierten Form ist der Bericht eine scharfe Anklage gegen die „Beste aller Welten“ und gegen die Unternehmer.

Die Entwicklung zur Großindustrie hat auch im Berichtsjahre, unterstützt durch die glänzende Konjunktur, große Fortschritte gemacht. Die Zahl der in den Betrieben mit mehr als 10 Arbeitern Beschäftigten stieg von 757 510 Arbeitern im Jahre 1911 auf 806 406 im Jahre 1912.

Die erste Stelle in der sächsischen Industrie nimmt der Zahl der in ihr Beschäftigten nach die Textilindustrie ein, nämlich 255 766. Ihr folgt Maschinenindustrie und Metallbearbeitung mit 202 975 Arbeitern. Es folgen: Bekleidungsindustrie mit 62 736, Steine und Erden 57 223, Nahrungsmittelindustrie 51 511, Holzindustrie 49 681, Papierindustrie 41 527, Polygraphische Gewerbe 34 571.

Von den 33 555 Betrieben sind nur 22 160 Betriebe rebidiert worden, darunter die meisten nur einmal.

Merkwürdigerweise scheinen die Unternehmer ein viel größeres Vertrauen zu den Beamten zu haben wie die Arbeiter, denn den 2731 Unternehmern, die die Beamten aufsuchten, stehen nur 407 Arbeiter gegenüber. Die Arbeiter ziehen es wahrscheinlich vor, nach den mancherlei schlechten Erfahrungen, die sie bei direktem Verkehr mit den Beamten gemacht haben, ihre eventuellen Beschwerden durch ihre Organisation übermitteln oder gleich durch diese abstellen zu lassen. Sie riskieren dabei nicht, daß ihr Name den Unternehmern bekannt und sie gemäßregelt werden.

Die kurzen Betrachtungen der einzelnen Beamten über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zeigen mit absoluter Deutlichkeit fast — mit einer einzigen Ausnahme — übereinstimmend, daß trotz der beispiellos glänzenden Konjunktur des Jahres 1912, die nur in einzelnen, besonders am Export nach den Balkanländern interessierten Branchen gegen Schluß des Jahres getrübt wurde, die Arbeiter wieder einmal bei der „Verteilung des Segens“ leer ausgegangen sind. Mit den durch die Macht der Gewerkschaften gesteigerten Löhnen hat die Steigerung aller Lebensmittel gleichen Schritt gehalten. So sagt der Bericht aus dem Dresdener Bezirk:

„Wenn trotz der steigenden Löhne von einer Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterbevölkerung nicht gesprochen werden kann, so hat dies seinen Grund in der erheblichen Preissteigerung verschiedener Lebensmittel, besonders des Fleisches. Deshalb dürften Mehreinnahmen durch die hohen Lebensmittelpreise wieder aufgehoben worden sein, und da,

wo Lohnerhöhungen nur in geringem Umfange stattgefunden, haben sich die Arbeiter, ebenso wie in anderen Bevölkerungskreisen, Einschränkungen auferlegen müssen.“

Im Zwickauer Bezirk waren nach dem Bericht recht zufriedenstellende Erwerbsverhältnisse. Die Arbeitslöhne sollen allgemein, in der Metallindustrie gar um 30 Proz., gestiegen sein. Aber der Mehrverdienst wurde durch die allgemeine Teuerung der Lebensmittel, besonders des Fleisches sowie der Wohnungen, wieder ausgeglichen.

Nach der Leipziger Beamte beklagt hohe Fleischpreise.

Nur der Laubener Beamte konstatiert für die Lausitz — billige Lebensmittel bei hohen Löhnen. Wer die Verhältnisse in der Textilindustrie der Lausitz kennt, wird den „hohen Löhnen“ sehr skeptisch gegenüberstehen und ebenso den „billigen Lebensmitteln“. Wenn dort die Fleischteuerung nicht so stark gespürt wird, so doch nur deshalb, weil die Arbeiter dort überhaupt wenig Fleisch kaufen können.

Die Berichte erweisen überall, wenn die sächsischen Beamten den modernen Organisationen der Arbeiter auch nicht allzu sympathisch gegenüberstehen scheinen, die gewaltige Vorwärtsbewegung derselben und ihre Macht. So ist besonders interessant eine Statistik des Metallarbeiterverbandes (Verwaltungsstelle Dresden) über das Verhältnis von Lohn und Arbeitszeit, die Aufnahme im Bericht gefunden hat. Es geht daraus mit aller Deutlichkeit die gewerkschaftliche Winzenwahrheit hervor, daß, je kürzer die Arbeitszeit, um so höher der Lohn. Der durchschnittliche Lohn betrug danach bei 52 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit 61,9 Pf. pro Stunde, bei 53 Stunden 58,8 Pf., bei 54 und 55 Stunden 56,9 Pf., bei 56 Stunden 55,9 Pf. Das geht herunter bis 58 Stunden und 23,3 Pf.

In Sachsen sieht es in manchen Berufen auf dem Gebiete der Arbeitszeit noch schlimm aus. Erschreckend geradezu sind die Zustände in der Großeisenindustrie, in der zum Teil noch regelmäßige 12-, ja selbst 13stündige Arbeitszeiten bestehen.

Im Dresdener Bezirk arbeiten z. B. auf den in Frage kommenden Werken 73,1 Proz. in 12stündiger, 26,7 Proz. in 11stündiger und 0,2 Proz. in 13stündiger Schicht.

Dabei werden noch fortwährend außerordentlich viel Ueberstunden verlangt. Nach dem Zwickauer Beamten soll auch unter vielen Arbeitern ein großes Verlangen nach den „hochbezahlten“ Ueberstunden vorhanden sein. Andere Arbeiter, sagt derselbe Beamte, widersehten sich jedoch grundsätzlich dem Verlangen der Unternehmer. In den letzteren haben wir es wahrscheinlich mit organisierten, in den ersteren mit unorganisierten Arbeitern zu tun.

Der Leipziger Beamte spricht davon, daß sich fast überall unter der Arbeiterschaft das Bestreben nach Verkürzung der Arbeitszeit bemerkbar macht. In manchen Betrieben sei eine Verkürzung der Arbeitszeit durch Umstände „erzwungen“ worden. Das klingt fast wie ein Vorwurf. Der Beamte in Zwickau konstatiert, daß die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit weitere Fortschritte gemacht hätte. Vielfach ist auch für die Unternehmer die Beschränkung der weiblichen Arbeitszeit auf 10 Stunden dafür ausschlaggebend gewesen, um einen einheitlichen

Arbeitsanfang und -schluß bei allen Arbeitskräften zu ermöglichen.

Außerordentlich bereitwillig wurden den Unternehmern Ausnahmen von den gesetzlichen Bestimmungen betr. der Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche gewährt, so daß in manchen Betrieben und in manchen Zeiten die Ausnahmen fast zur Regel wurden. Aber damit begnügten sich die Unternehmer noch nicht einmal. Uebertretungen der gesetzlichen Bestimmungen selbst in gesundheitlich sowie gefährdeten Betrieben werden ohne Gewissensbisse begangen. Die kleine Geldstrafe wird bezahlt. So erhielt ein Steinbruchunternehmer, der täglich statt zehn elf Stunden arbeiten ließ, 12 M. Geldstrafe. Was macht er sich daraus!

Aus der Annaberger Gegend wurde der Gewerbeinspektion von Polizeibehörden mitgeteilt, daß dort in mehreren Betrieben 15 bis 17 Stunden täglich gearbeitet werde. Eine Untersuchung ergab, daß „nur“ in zwei Betrieben diese unmenschlich lange Arbeitszeit besteht.

Die Zahl der jugendlichen Arbeiter in den fabrikmäßigen Betrieben betrug 69 846 (1911: 64 177), hatte also zugenommen. 2830 waren davon noch nicht 14 Jahre alt. Die meisten jugendlichen Arbeiter, nämlich 23 975 (22 706) arbeiteten in der Textilindustrie. Die Zahl der Betriebe, in denen Verstöße festgestellt wurden, betrug 2285. Es handelt sich bei den Verstößen meistens um längere Beschäftigung, Nichteinhaltung der vorgeschriebenen Pausen und Beschäftigung mit unzulässigen Arbeiten. So waren im Chemnitzer Bezirk jugendliche Arbeiter vielfach an gefährlichen Arbeitsmaschinen in Holzwarenfabriken beschäftigt, in einer Bricketfabrik mußten sie Dampfkessel reinigen usw.

Auch den Frauen wurden sehr oft von den Unternehmern schwere, dem weiblichen Organismus besonders gefährliche Arbeiten zugemutet: In einer Papierwarenfabrik im Leipziger Bezirk mußte einer schwangeren Frau die Beschäftigung an einer Heftmaschine mit Fußbetrieb unterjagt werden. Es wurde auf Veranlassung des Beamten eine Verfügung erlassen, wonach nur gesunde Personen und Frauen, und zwar nicht dauernd, an diesen Maschinen beschäftigt werden dürfen. Gegen diese Verfügung legten die „menschenfreundlichen“ Unternehmer auch noch Rekurs ein, allerdings ohne Erfolg. In der Musikinstrumentenindustrie des Vogtlandes mußten die heimarbeitenden Frauen schwere Körbe mit Metallplatten von der Fabrik an ihre Arbeitsstätte resp. umgekehrt transportieren, was in dem bergigen Terrain der dortigen Gegend besonders anstrengend ist.

Die Zahl der Unfälle betrug im Berichtsjahre 22 889 (im Vorjahre 22 099), die Zahl der tödlich verlaufenen 124 (109). Es mußten 4603 Verordnungen zum Schutze der Arbeiter erlassen werden. Daß in sehr vielen Fällen die Unfälle auf das Fehlen der Schutzvorrichtungen zurückzuführen sind, zeigt eine Anzahl von Beispielen: Einem Schlosser wurde beim Explodieren eines kleinen Schweißapparates die linke Hand abgerissen. Grund: eine unzulängliche Wasseranlage. Ein Tischler wurde vom elektrischen Strom getötet, weil er eine nicht vorschriftsmäßig isolierte Glühlampe angriff. In einer Waggonfabrik passierten um deswillen soviel Unglücksfälle, weil viele ungelernete Arbeiter an den Holz-

bearbeitungsmaschinen beschäftigt wurden. In einer Getreidemühle versank ein jugendlicher Arbeiter beim Freimachen eines verstopften Sammelbehälters einer Schälmaschine in den darin befindlichen Schalen und erstickte.

Von den Beamten wird allerdings auch darüber geklagt, daß vielfach von den Arbeitern die Vorschriften außer acht gelassen werden.

Außerordentlich groß ist die Zahl der Unfälle in der Grobeisenindustrie. Im Zwickauer Bezirk betrug die Prozentzahl in den beiden in Frage kommenden Werken 12,5 bzw. 27,9, in den Werkstätten der Staatsbahn 10,8 Proz. gegen 1,9 Proz. im Durchschnitt der gesamten Betriebe.

Die Kinderarbeit ist ja leider durch das Gesetz nur eingeschränkt, nicht gänzlich verboten. Zahllos sind gerade hier die Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen. Die Durchführung der Kontrolle ist in Sachsen den Gewerbeaufsichtsbeamtinnen übergeben. Diese besuchten 5596 Betriebe mit zusammen 4368 eigenen und 2027 fremden Kindern, ermittelten 1905 Verstöße und veranlaßten 78 Bestrafungen. Bei den Eltern, sagt die Beamtin für Bautzen, habe sie den Hauptwert auf die Belehrung gelegt und von Strafverfolgungen abgesehen, weil die Not die Eltern meistens treibt, ihre Kinder mitverdienen zu lassen. Oft erhielten die Beamtinnen die Antwort: „Wir würden die Kinder sehr gerne nicht arbeiten lassen, wenn wir nur so viel verdienen, daß es nicht nötig wäre.“ Besonders in der Heimarbeit habe die Kinderarbeit, insbesondere auch wegen der Teuerung, zugenommen.

Die Heimarbeit mit ihren erbärmlichen Löhnen ist eben der Krebschaden. Nicht eher wird die Kinderarbeit verschwinden, bis ein gesetzliches Verbot der Heimarbeit, wie es die organisierte Arbeiterschaft fordert, durchgeführt ist.

Was die Arbeiter von den Unternehmern wohlkaten zu halten haben, braucht ja an dieser Stelle nicht auseinandergesetzt zu werden. Die Gewerbeinspektionsbeamten scheinen diesen aber eine ungeheure Bedeutung beizumessen und widmen diesen einen im Verhältnis zu der sonstigen Anaptheit des Berichts außerordentlich großen Raum. Da wird keine silberne Taschenuhr, kein Kaffeefochapparat vergessen, den so ein „freigiebiger“ Unternehmer spendet. Zwangsparaffen werden dabei auch mit als Unternehmerwohlfahrt eingereicht, ebenso wie die Werkwohnungen. Dabei weiß jedes sozialpolitische Kind, daß beide Dinge den durchaus unsittlichen Zweck verfolgen, den Arbeiter an die Firma zu fesseln. Auch jedes Ehrenkreuz und Ehrenzeichen für Treue in der Arbeit wird registriert, obgleich sich keiner was dafür kaufen kann, wenn er wegen Alters nicht mehr beschäftigt werden „kann“.

Mit größerer Genugtuung kann dagegen begrüßt werden, daß auch in Sachsen, besonders in der Metallindustrie, sich Arbeiterferien unter Fortbezahlung des Lohnes einbürgern. Im Dresdener Bezirk hatten von 10 892 Metallarbeitern, die von der Statistik erfasst wurden, 2818 (25 Proz.) Urlaub von 3 bis 6 Tagen unter Fortbezahlung des Lohnes. Immerhin ein Anfang!

Die Wohnungsmisere ist trotz der zahllosen Gründungen von Genossenschaften zum Bau kleiner Wohnhäuser immer noch eine außerordentlich große, besonders in den großen Städten und den Industrieorten. Der Zwickauer Beamte konstatiert einen außerordentlich fühlbaren Woh-

nungsmangel, dessen Folgen natürlich hohe Mieten und enges Wohnen mit seinen sittlichen und gesundheitlichen Gefahren sind.

Die vorgekommenen Streiks und Aussperrungen werden ebenfalls im Bericht kurz besprochen. Seltenerweise weisen die Beamten dabei immer haarklein nach, welchen Lohnverlust die Arbeiter erlitten haben, während sie selten registrieren, was die Arbeiter dadurch erlangen haben. Sympathischer werden Tarifabschlüsse besprochen, die eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen bringen. Interessant ist das Urteil über die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker, das im direkten Gegensatz zu dem der Scharmacher in Unternehmerkreisen steht. Es heißt im Bericht des Zwickauer Beamten: „Der Zweck der Tarifgemeinschaft ist die Hebung des Buchdruckgewerbes und die Sicherung des gewerblichen Friedens durch Schaffung und Schutz der tariflichen Pflichten sowie die Regelung aller das Arbeitsverhältnis betreffenden Angelegenheiten; alles unter Ausschluß parteipolitischer und religiöser Gesichtspunkte.“

Man sieht, die Gewerbeinspektionsberichte geben trotz der Einschränkung durch den Reichsanwaltererlaß doch manchen Einblick in die wirtschaftlichen und sozialen Zustände und zeigen, wie berechtigt die Anklagen der Arbeiterbewegung gegen das Unternehmertum sind und welche ungeheure Bedeutung der Kampf der Arbeiterklasse um Luft und Licht für die Hebung der arbeitenden Bevölkerung Sachsens hat.

Statistik und Volkswirtschaft.

Die Streiks in Frankreich 1911.

Die Statistik der Streiks, die vom französischen Ministerium der Arbeit herausgegeben wird, und die wir trotz ihrer vielen Mängel nur benutzen, weil wir keine andere zur Verfügung haben, läßt erkennen, welchen Ursprungs die sogenannte „Gewerkschaftsstreife“ ist. Die Statistik der Streiks im Jahre 1911 ist in der Tat in ihren Resultaten ungünstiger wie alle ihre Vorgänger. Es fanden statt:

	Streiks	mit Streikenden
1907	1 275	197 961
1908	1 073	99 042
1909	1 025	167 492
1910	1 502	281 425
1911	1 471	280 646

Das Resultat in Prozenten war folgendes:

	Streiks			Streikende		
	erfolgreich	teilweise erfolgreich	erfolglos	erfolgreich	teilweise erfolgreich	erfolglos
1907	20,63	38,43	40,94	12,31	66,08	21,61
1908	17,24	30,20	52,56	20,33	47,05	32,62
1909	21,17	37,56	41,27	16,46	57,40	26,14
1910	20,44	39,88	39,68	11,01	40,37	48,62
1911	17,75	35,92	46,33	9,06	36,35	54,86

Im Jahresdurchschnitt der letzten 10 Jahre, 1901 bis 1910, war das Resultat folgendes:

	Streiks	Streikende
Erfolgreich	21,56	12,31
Teilweise erfolgreich	38,80	59,05
Erfolglos	40,14	28,64

Die Jahre 1907, 1908 und 1909 waren für die französischen Gewerkschaften Krisenjahre. 1907 trat nach der großen Kraftanstrengung zur Erringung

des Achtstundentages im Jahre 1906 eine Erschlaffung ein, die noch nicht ganz gewichen war, als 1908 in Frankreich eine wirtschaftliche Krise einsetzte, die 1909 ihren Höhepunkt erreichte. 1910 besserte sich der Arbeitsmarkt ganz wesentlich und hielt sich auch im Jahre 1911 auf guter Höhe. Das Jahr 1910 wurde deshalb auch ein richtiges Streikjahr. Die Arbeiter nützten die günstiger werdende Situation aus. Die Streiks waren jedoch meist ungenügend vorbereitet und stießen bald auf den organisierten Widerstand der Unternehmer. In den monatlichen Uebersichten des Bulletin des französischen Arbeitsamtes werden in der ersten Hälfte des Jahres 1910 763 Streiks und 3 Aussperrungen verzeichnet, während in der zweiten Hälfte des Jahres nur 672 Streiks, aber 10 Aussperrungen verzeichnet sind. In der ersten Hälfte des Jahres 1911 erreichte dieser Kampf zwischen den koalitierten Arbeitern und Unternehmern den Höhepunkt. Nach den monatlichen Uebersichten fanden statt 898 Streiks und 14 Aussperrungen. Von da ab tritt ein ständiger Rückschritt in den Arbeiterkämpfen ein, der bis Ende 1912 anhält. In der zweiten Hälfte 1911 fanden nur mehr 561 Streiks und 10 Aussperrungen (von letzteren 7 Juli-August) statt. In der ersten Hälfte des Jahres 1912 sank die Zahl der Streiks auf 529 mit 4 Aussperrungen und in der zweiten Hälfte 1912 auf 433 und 6 Aussperrungen. Hier machte sich allerdings auch wieder die schlechte Konjunktur infolge des Balkanrieges geltend. Diese den monatlichen Uebersichten entnommenen Zahlen, die allerdings etwas hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, zeigen recht anschaulich, woher die so viel beklagte „Krise des Syndikalismus“ kommt. Es ist die steigende Erfolgslosigkeit der „wilden“ Streiks infolge des wachsenden Widerstandes der Unternehmer. Daher kommt es auch, daß im Jahre 1911 54,86 Proz. der Streikenden ohne jeden Erfolg die Arbeit wieder aufnehmen mußten, gegen nur 28,64 Proz. im Jahresdurchschnitt 1901 bis 1910. Die Forderungen, die auf Lohn und Arbeitszeit Bezug hatten, verzeichneten folgendes Resultat:

Ursachen der Forderungen bei Streiks	Zahl der Streiks	Zahl der Streikenden	Resultat prozentual nach der Zahl der Streikenden		
			erfolgreich	teilweise erfolgreich	erfolglos
Lohnerhöhung	893	162253	7,58	37,79	54,63
Lohnherabsetzung	38	4309	19,92	45,59	34,49
Arbeitszeitverkürzung	141	70067	7,24	5,74	87,02
Verschiedene	—	—	—	—	—
Lohndifferenzen	139	30240	10,76	16,85	72,59
Regelung der Arbeitszeit	68	10829	50,70	8,66	35,64

Es haben also nur rund 74 000 Streikende eine Lohnerhöhung durchgesetzt und nur rund 9000 eine Verkürzung der Arbeitszeit. Nach der offiziellen Statistik betrug bei 63 275 Streikenden die durchschnittliche Lohnerhöhung 29 Cent pro Tag, was einer wöchentlichen Lohnerhöhung von 1,74 Frank (1,40 Mk.) gleichkäme. Ueber den Umfang der erzielten Arbeitszeitverkürzung sind Angaben nicht gemacht.

Dieses bescheidene Resultat angesichts der angewendeten Kraftanstrengung — 230 000 Arbeiter streikten während 16 Tage durchschnittlich — ein Resultat, das im Jahre 1912 wahrscheinlich nicht günstiger war, ist freilich Ursache genug, um die geübte Taktik einer kritischen Unterjochung zu unterziehen.

Diese letzteren Unternehmungen allein erzeugen jährlich zirka $4\frac{1}{4}$ Millionen Tonnen Briketts; hiervon entfallen zirka 2,5 Millionen Tonnen auf Niederlausitzer Syndikatbriketts und 2,2 Millionen Tonnen auf die Mitteldeutschen. Da, wie oben erwähnt, ganz Deutschland 19 058 000 Tonnen Briketts erzeugt, die unter Kontrolle Betschels gerateten Gruben insgesamt aber 6 250 000 Tonnen, so wären nicht weniger wie 32,9 Proz. unter einer festeren Leitung zusammengefaßt, als jemals früher unter den Syndikaten, die gerade auf dem Braunkohlengebiete sehr locher gefügt waren und sehr leicht wieder auseinanderfielen. Das ist bei einem so wichtigen industriellen Brennstoff selbst für die Kapitalisten und Unternehmer nicht unbedenklich, und so erklärt sich die ziemlich erregte und weitausgebreitete Erörterung der ganzen Frage. Vorläufig verfügt aber die Börse zum Umsatz wieder einmal über Werte, die man nicht abwirft und im Kurse drückt, sondern die man umwirbt und steigert, weil man mit weiteren großen Besitzumbildungen rechnet.

Die Petroleumaktien wurden wesentlich durch eine außergewöhnliche Finanzoperation der Steaua Romana, der rumänischen Schutzbefohlenen der Deutschen Bank, beeinflusst. Danach soll das Aktienkapital der Gesellschaft mit einem Schlage auf das Doppelte (von 50 auf 100 Millionen Lei) erhöht werden — wie es in dem Geschäftsbericht heißt: wegen der „gewaltigen Entwicklung, die sich in der Petroleumindustrie der Welt vollzieht“. Andererseits geht man jedoch kaum fehl, wenn man den Zusammenhang bringt, an denen die Deutsche Bank vor allem interessiert ist. Aber auch andere Konzerne scheinen sich einen Aufschwung des Petroleummarktes zu versprechen, besonders weil der Uebergang der englischen Kriegsmarine zur Petroleumheizung eine neue Ära der Petroleumverwendung einzuleiten verheißt. So legte sich Petersburg stark für die Nobelaktien ins Zeug. Die California Oilfields Compagnie ist in den Besitz der Shellgruppe übergegangen, während sie früher zum Lager der Standard Oil Compagnie gehörte. Mit 4 Millionen Mark Grundkapital ist vor ein paar Wochen eine Aktiengesellschaft Bayerischer Lloyd gegründet worden, die hauptsächlich dem Transport russischen und rumänischen Petroleums auf der Donau dienen und zunächst Süddeutschland zugute kommen soll.

Alle solche Pläne und Umbildungen beleben natürlich im Augenblick das Börseintreiben, das sich von anderen Tummelfeldern mehr denn je ausgeschlossen sieht.

Berlin, 26. August 1913. Max Schippel.

Arbeiterbewegung.

Aus dem Jahresbericht des Transportarbeiterverbandes.

Der jüngste unserer großen Verbände, die Transportarbeiterorganisation, hat kürzlich ihr Jahrbuch für 1912 erscheinen lassen. Aus der Fülle des 388 Seiten umfassenden Materials können wir nur das allerwichtigste herausgreifen und kurz skizzieren. Eine gewaltige Arbeit verursachte die Agitation für die Ausbreitung des Verbandes; im Jahre 1912 wurden von den Funktionären der Organisation nicht weniger als 40 000 Versammlungen und Betriebsbesprechungen abgehalten. In 28,4 Proz. dieser Zusammenkünfte wurden nur agitatorische Themen be-

handelt, die Besprechungen der Lohnbewegungen füllten 21,8 Proz. der Versammlungen aus, die geschäftlichen Fragen und Berichterstattungen beanspruchten 21 Proz., während der Rest von 28 Proz. auf wissenschaftliche und sonstige Veranstaltungen entfiel. Soweit die mündliche Agitation. Die schriftliche wurde hauptsächlich in der Verbandspresse betrieben, deren Auflage folgende Ziffern am Schlusse des Jahres aufwies: „Courier“ 199 000, „Seemann“ 34 000 und „Straßenbahner“ 17 000. Die beiden ersteren Blätter haben 1912 eine Steigerung ihrer Auflage um 24 000 resp. 9000 zu verzeichnen. Entsprechend der aufgewandten Arbeit zeigt auch der Transportarbeiterverband eine günstige Entwicklung. Er hat im Jahre 1912 88 691 Neueintritte erzielt; immerhin ist diese Ziffer schon um 3008 niedriger als die entsprechende im Jahre 1911. Der Verband zählte am Ende 1912 415 Verwaltungsstellen oder 23 mehr als am Ende des Vorjahres. Eine Mitgliederzunahme hatten 261, einen Verlust 104 Mitgliedschaften zu verzeichnen, 14 blieben in der Mitgliederzahl stabil. Das Gros der Mitglieder des Verbandes stellen 8 Verkehrs- und Handelszentren mit 128 971 Mann. Der Verband zählte am Schlusse des Jahres 225 988 Mitglieder, die Zunahme betrug 30 739 Personen = 15,7 Proz., im Jahre 1911 dagegen 42 295 = 27,7 Proz. Bei annähernd gleicher Aufnahmeziffer ist also die Zahl der dem Verbands verbliebenen Mitglieder eine um etwa 10 Proz. niedrigere. Von den im Jahre 1912 neueingetretenen 96 276 Personen sind im gleichen Jahre wieder 33 740 oder 35 Proz. verloren gegangen. 1911 betrug der Verlust nur 28,2 Proz., worin sich also bereits die wirtschaftliche Depression ankündigt scheint. Unter den 225 988 am Schlusse des Jahres 1912 vorhandenen Mitgliedern waren 8162 = 3,6 Prozent weibliche und 5231 = 2,3 Proz. jugendliche. Interessant ist auch die Gruppierung der Transportarbeiterorganisation nach Branchen. Die stärkste Gruppe ist die der Hausdiener und Bäcker mit 53 289 Mann, dann folgen die Kutsher und Fuhrleute mit 41 616, die Hafnarbeiter mit 28 710, die Expeditionsarbeiter mit 24 426, die Binnenschiffer und Fischer mit 12 793, die Seeleute mit 12 910, die Hilfsarbeiter mit 11 037, Droschkenführer und Chauffeure mit 8767, die Straßenbahner mit 8543, die Kohlenarbeiter mit 8036, die Bierfahrer mit 4547 und die Fensterreiniger mit 2404 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der eingegangenen Wochenbeiträge betrug im Berichtsjahre: 9 596 516 gegen 8 029 349 im Jahre 1911; die prozentuale Zunahme ist also 19,5 Proz. Diese Ziffer ist um 4 Proz. höher als die der Zunahme der Mitglieder. Jedes Mitglied hat im Jahresdurchschnitt 1912 44,4 Wochenbeiträge bezahlt, eine Ziffer, die in Rücksicht auf die hohe Zahl der Neueintritte als gut normal bezichnet werden kann.

Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen 1912 5 619 438 Mk., denen Ausgaben in Höhe von 4 447 018 Mk. gegenüberstehen. Gegenüber dem Jahre 1911 erhöhten sich die Einnahmen um 1 076 379 Mk. Es wurde 1912 ein Reinüberschuß von 764 091 Mk. erzielt. Am Schlusse des Jahres 1912 war in der Hauptkasse ein Bestand von 1 888 337 Mk., in den Ortskassen ein solcher von 1 129 848 Mk. vorhanden. Die Ortskassenbestände haben sich gegen 1911 um 409 041 Mk. vermehrt. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Schlusse des Jahres 1912 3 318 186 Mk., der Vermögenszuwachs betrug insgesamt 1 213 132 Mk.

Nach Industriegruppen verteilt, ergibt sich folgendes Bild.

Industriegruppen	Anzahl		Resultat prozentual nach der Zahl der Streikenden		
	der Streiks	der Streikenden	erfolgreich	teilweise erfolgreich	erfolglos
Landwirtsch., Fischer.	64	13519	14,90	69,10	16,00
Bergbau	27	8765	1,20	66,32	32,56
Steinbrüche	44	4795	5,98	36,99	57,03
Lebensmittelindustr.	36	2803	16,03	44,16	40,81
Chemische Industrie	39	3545	7,57	28,68	63,75
Poligraph. Industrie	36	2334	25,83	28,87	45,50
Lederindustrie	53	7172	10,67	64,51	24,86
Textilindustrie	203	18956	20,19	36,85	42,96
Stoffverarbeitung, Reinigung	26	2073	15,49	21,27	63,24
Holzindustrie	72	7194	22,16	33,19	44,65
Holzindustrie z. Bau	71	4676	12,14	74,72	13,14
Metallfabriken	12	3817	8,35	31,15	65,50
Großmetallverarbgt.	160	15524	7,00	54,60	38,40
Feinmetallverarbgt.	2	74	100,00	—	—
Steine und Erden	61	7280	11,80	44,25	43,95
Bauindustrie	397	88943	14,30	20,50	75,20
Handel u. Transport	168	39176	8,30	40,70	51,00

Paris, 15. August 1913. Josef Steiner.

Wirtschaftliche Rundschau.

Auffschwung und Umbildungen in der Braunkohlenproduktion — Die Erwerbungen des Herrn Petschek — Haufe in Petroseumaktien.

In die trostlose Oede des Börsenverkehrs haben zwei Produktionszweige plötzlich ein gewisses Leben gebracht: die Braunkohle und das Petroleum. Keines der beiden Produktions- und Anlagegebiete ist wichtig genug, um der allgemeinen Wirtschaftsbewegung ein besonderes neues Gepräge aufdrücken zu können. Aber diese Nebenströmungen, die dem betreffenden Kurse, mitten in einer Umwelt des Verfalls und Stillstandes, ein unerwartetes flottes Steigen brachten, sind aus anderen Gründen wichtig und vor allem die Haufe zahlreicher Braunkohlennwerte ist für den Beobachter der jüngsten kapitalistischen Entwicklungsrichtungen überaus lehrreich. Diese Haufe wurde in erster Linie veranlaßt durch starke Ankäufe seitens eines Großkapitalisten Petschek, der für den Braunkohlenhandel Böhmens etwa eine ähnliche überragende Stellung einnimmt wie die Emanuel Friedländer u. Co. und die Casar Wollheim für den Absatz unserer Steinkohlengruben, wenigstens derjenigen Oberschlesiens. Ein Uebergreifen Böhmens nach Deutschland lag schon lange nahe, weil die jüngere deutsche Industrie mehr und mehr die ältere böhmische an Fortschritten überflügelte und weil beide Gebiete immer stärker auf dem gleichen Markt konkurrierend zusammenstießen. Wenn die böhmische Braunkohle nach und nach ihren alten Platz in der Braunkohlenversorgung des Königreichs Sachsen, aber selbst Mitteldeutschlands und Berlins, einbüßte, so lag es nahe, durch den Erwerb deutscher Felder und Gruben die alten Absatzbeziehungen, wenn auch in entsprechend veränderter Gestalt, aufrechtzuerhalten und wiederzugewinnen. Noch mehr lockte unter Umständen die strobende Lebenskraft, die bisher der deutschen Braunkohlengewinnung eigen war. Deutschlands Produktion betrug in Millionen Tonnen: 1891: 20,54, 1896: 26,78, 1901: 44,48, 1906: 56,42, 1911: 73,52, 1912: 82,34. Seit wenig über 20 Jahren ist demnach eine Vervierfachung, seit reichlich 10 Jahren eine Verdoppelung eingetreten. Besonders die Brikett-Herstellung hat zuletzt die Verwendung nicht nur im

Haushalt, sondern auch in der Industrie rasch gesteigert, nachdem die großbetriebliche Feuerungspraxis die Koste und Generatoren besser dem Brikett anzupassen lernte. Die Herstellung von Braunkohlenbriketts stieg in Deutschland zwischen 1911 und 1912 von 16 837 000 auf 19 058 000 Tonnen, also um 13,2 Proz., gegenüber einer Zunahme von 11,3 Proz. im Vorjahre, aber immer erst von 1,9 Proz. im Jahre 1910 gegen 1909. Nach dem letzten, Ende Juli veröffentlichten Jahresbericht des Vereins für die Interessen der Rheinischen Braunkohlenindustrie ist der Absatz von Braunkohlenbriketts speziell in diesem westlichen Rahon „zum Verbrauch in der Industrie in dauernder Zunahme begriffen und hat im Berichtsjahre (Kalenderjahr 1912) ungefähr 1¼ Millionen Tonnen betragen; der Anteil am Gesamtabsatz bleibt zunehmend und das Verhältnis von 40 zu 60 Proz. dem Hausbrand gegenüber dürfte bald erreicht sein. Auch in bezug auf Verfeuerung von Briketts auf dem Kofst ist eine Zunahme zu verzeichnen; die Frage der Rauchverhütung spielt da eine immer wesentlichere Rolle, auch die Tatsache einer beträchtlichen Rauchabschwächung bei gemischter Feuerung mit Steinkohle. Wesentlicher ist natürlich die Vergasung von Braunkohlenbriketts, die sich zu den verschiedensten Verwendungszwecken immer mehr und in immer entfernteren Gebieten einführt.“ Endlich erwartet man eine abermalige große Förderung von der Entwicklung der elektrischen Ueberlandcentralen, die einer Anlehnung an bequem gelegene Kraftquellen bedürfen und solche in Mitteldeutschland nur in den Braunkohlenfeldern finden können.

Die Bestrebungen des Herrn Petschek richten sich nun nicht auf den Vollbesitz der Gruben, sondern einfach auf die Sicherung der Aktienmehrheit, die für die Bestimmung der Geschäftsgebarung und für die Regelung der Lieferverträge vollkommen genügt, wie sie der Kohलगroßhändler wohl vor allem ins Auge gefaßt haben dürfte. Nach den Mitteilungen der „Boschischen Zeitung“ hätte Herr Petschek bereits an folgenden Unternehmungen in Mitteldeutschland und Schlesien „Interesse genommen“:

1. Akt.-Ges. Ramsdorfer Braunkohlenwerke in Ramsdorf bei Leipzig.
2. Gewerkschaft Heureka in Pröhdorf bei Meuselwitz, S.-A.
3. Werschen-Weißenseiler Braunkohlen Akt.-Ges. in Halle a. S.
4. Phönix Akt.-Ges. für Braunkohlenverwertung. Schächte bei Wumsdorf, S.-A.
5. Eintracht-Braunkohlenwerke und Brikettfabriken Akt.-Ges. in Neu-Welzow, N.-L.
6. Niederlausitzer Kohlenwerke Akt.-Ges., Gruben in Großräschen, Senftenberg usw.
7. Hohenlohe-Werke Akt.-Ges., Hohenlohehütte, Oberschlesien.
8. Kohlenhandlung Wulff u. Co. G. m. b. H.
9. Braunkohlenwerke Leonhard Akt.-Ges. in Wutz mit Beteiligungen an den Werken Heureka, Vereinsglück und Fürst Bismarck.

Hierzu käme ein nicht unbedeutendes Interesse an der Rheinischen Akt.-Ges. für Braunkohlen in Köln und — wie gerüchtweise verlautet — auch an der „Königsborn“ Akt.-Ges., die Steinkohlen fördert. Die unter 1 bis 6 und 9 genannten Unternehmungen gehören der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie an; Phönix, Eintracht und Niederlausitzer sind im Niederlausitzer Brikett-Verkaufsverein (Berlin), Leonhard, Heureka und Werschen waren beim Mitteldeutschen Brikett Syndikat, das seit April dieses Jahres nicht mehr besteht.

„Der Grundstein“:

„August Bebel war aber nicht nur ein großer Führer seiner Partei: er hatte auch volles Verständnis für die Notwendigkeit und die Bedeutung der Gewerkschaften. Er war weit davon entfernt, etwa in den Gewerkschaften nur Rekrutenschulen für die Partei zu sehen. Entschieden ist er wiederholt für ihre politische Neutralität eingetreten; denn er wußte zu gut, daß sich die Arbeiter in ihren wirtschaftlichen Organisationen ohne Rücksicht auf politische und religiöse Ueberzeugung zusammenschließen müssen, wenn sie ihre Kämpfe gegen das Unternehmertum erfolgreich führen wollen. Wiederholt hat er mit seinem Rat und seiner Erfahrung auch aktiv in die Gewerkschaftsbewegung eingegriffen, so 1907 vor unserem Berliner Streit, so 1910 nach der großen Bauarbeiteraussperrung. Damals war er es, der unseren Kollegen die Größe und Bedeutung unseres Erfolges klarzumachen suchte. Und auch damals bewährte sich das alte Vertrauen. Was viele unserer Kollegen ihrer Organisationsleitung nicht glauben wollten: daß die große Aussperrung mit einem schönen Erfolg geendet habe und daß es in ihrem Interesse liege, sich damit zufrieden zu geben, das glaubten sie ihrem alten August Bebel. 1907, wo sie ihm nicht folgten, ging der Berliner Kampf verloren.“

„Buchhinder-Zeitung“:

„Auch für unsere Gewerkschaftsbewegung hat Bebel viel getan. Er stand an ihrer Wiege, er war einer ihrer ersten Berater, seine außerordentliche organisatorische Begabung kam ihr in den schwersten Zeiten der Gründung zugute. Und ebenso hat er agitatorisch den Gewerkschaften genützt. Man kann von der ersten Verührung Bebels mit der Arbeiterbewegung bis in das letzte Jahr gewerkschaftliche Beziehungen bedeutender Art bei Bebel finden. In seinen Erinnerungen: „Aus meinem Leben“, erzählt er selbst von den Streiks der früheren Jahre, so von denen der Leipziger Schuhmacher und Buchdrucker 1865, in denen er eine vermittelnde Rolle spielte. Am 5. September 1867 traten in Nürnberg die Arbeitervereine zusammen. Die Mehrheit beschloß den Anschluß an die Internationale Arbeiterassoziation und die Gründung von internationalen Gewerkschaften. Bebel entwarf die Statuten für diese Gewerkschaften; klar erkannte er, daß die einzelnen Gewerkschaften sich als kräftige zentrale Verbände selbständig organisieren mußten. Man merkt in diesen Organisationsentwürfen die große praktische Erfahrung Bebels.“

„Verbands-Zeitung“ (der Brauereiarbeiter):

„Nicht selten war Bebel in den neugegründeten Gewerkschaften als Redner tätig. Das blieb so Jahrzehnte hindurch. Auf dem erwähnten Parteitag in Köln berief er sich zum Beweis seines lebhaften Interesses für die Gewerkschaften darauf, daß die Hälfte seiner Tätigkeit in Versammlungen in Berlin auf die Fachvereine entfalle. Bebel hat somit ein hervorragendes Verdienst daran, daß die deutschen Gewerkschaften vom Geiste des modernen Klassenbewußtseins erfüllt wurden. Bei all seinem parteipolitischen Eifer riet Bebel aber entschieden davon ab, die Parteipolitik in die Gewerkschaft hineinzutragen. Die Gewerkschaften sollen nach seiner Ansicht nicht als Anhängel einer Partei betrachtet werden, aber Parteimann soll auch der Gewerkschaftler sein, nicht als Gewerkschaftler, sondern als klassenbewußter Arbeiter und als Staatsbürger, der an allen Fragen des Staatslebens Interesse nehmen muß. Nach langjährigen Auseinandersetzungen ist dann auch schließlich unter Bebels führender Mitwirkung den Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Partei die Gleichberechtigung und die Selbständigkeit zuerkannt worden, die die Gewerkschaften zur Erfüllung ihrer Aufgabe brauchen.“

„Dachdecker-Zeitung“:

„Auch die Gewerkschaftsbewegung insbesondere verdankt dem Genossen Bebel sehr viel. Er ist seit jeher für die Vereinigungsfreiheit der Arbeiter eingetreten, hat frühzeitig die Bedeutung der Gewerkschaften erkannt und hat sie durch Schrift und Wort bei ihrer Verbearbeitung und im Kampfe um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen unterstützt. Als der Streit um die richtige Bewertung der gewerkschaftlichen Arbeit tobte, hat auch er eingegriffen, um den Gewerkschaften zu sichern, was ihnen gebührt und ein planmäßiges, segensreiches Zusammenarbeiten der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu ermöglichen.“

„Holzarbeiter-Zeitung“:

„Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung hat Bebel schon frühzeitig erkannt. Er selbst hat im Jahre 1869 ein Normalstatut für „Gewerkschaften“ entworfen, welches von einer Reihe von Organisationen, die damals ins Leben gerufen wurden, als Grundlage angenommen wurde. Diese alten Gewerkschaften sind längst verschwunden; als sie nach Ueberwindung innerer Kämpfe im Begriff waren, sich zu entwickeln, da machte ihnen das Sozialistengesetz den Garaus. Inzwischen sind neue Gewerkschaften gegründet worden, die sich mit der Zeit zu wichtigen Faktoren im Wirtschaftsleben entwickelt haben. Bebel hat den Fortschritt und das Wachstum der Gewerkschaften mit lebhaftem Interesse verfolgt; hat er doch schon im Jahre 1872 aus Anlaß des damals einberufenen Gewerkschaftskongresses seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß in der Gewerkschaft die Zukunft der Arbeiterklasse beruhe.“

„Metallarbeiter-Zeitung“:

„Wenn in Deutschland die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften gleichzeitig groß und stark geworden sind, wenn diese beiden Arme der Emanzipationsbewegung des Proletariats sich gegenseitig ergänzen und stützen, wenn infolge dieses geordneten Nebeneinanderarbeitens die Gesamtbewegung in Deutschland einen Aufstieg genommen hat, der von der Arbeiterschaft aller anderen Länder als vorbildlich anerkannt wird, so hat niemand so sehr dazu beigetragen wie August Bebel. Von den ersten Anfängen an war er mit der Bewegung aufs engste verwachsen, alle Phasen ihrer Entwicklung hat er in volstem Sinne des Wortes mit durchlebt, mit Bebel an der Spitze ist die Bewegung geworden, was sie heute ist. So groß und beispiellos die Begeisterung dieses Mannes für das Ziel der völligen Umwälzung der Gesellschaft im Sinne des Sozialismus war, so feurig gab, betätigte, so leidenschaftlich er die Arbeitermassen zu großen Kämpfen aufzurufen verstand — er war doch ein Praktiker durch und durch, der gewissenhaft die Grenzen des Möglichen abwog, vor Ueberstürzungen warnte, die Organisation und die Kleinarbeit zu schätzen wußte, den Gegnern Konzessionen abtrotzte und kein Zugeständnis für zu klein hielt, um es mit aller taktischen Geschicklichkeit in Sicherheit zu bringen.“

„Schuhmacher-Fachblatt“:

„Nimmer voller Verständnis für die Bedürfnisse der Zeit ist Bebel auch der Mitbegründer der deutschen Gewerkschaftsbewegung geworden, die bei der Eisenacher Richtung in Gestalt der internationalen Gewerkschaften ihren Anfang nahm und die schließlich über die Lassalle'schen Gewerkschaften triumphierten. Der einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung vor und während des Sozialistengesetzes wie auch seit dessen Fall widmete Bebel immer seine Sympathien und Unterstützung, überzeugt von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Arbeitsteilung in der Arbeiterbewegung.“

Unter den Ausgaben des Verbandes stehen die an die Mitglieder gezahlten Unterstützungen an weitaus erster Stelle. Die Kosten der vier Verbandsorgane belaufen sich auf 308 790 Mk. Die reinen Verwaltungskosten betragen 86 757 Mk., die Hausagitation kostete 142 860 Mk. Dagegen betrug die für Unterstützungen aller Art aufgewendete Summe 2 111 255 Mk., und zwar an Arbeitslose 480 988 Mk., an Kranke 938 872 Mk., an Hinterbliebene 126 765 Mk., bei besonderen Notfällen 40 957 Mk., an Reisende 12 889 Mk., an Rechtschutz 50 015 Mk., an Streik- und Gemäßigtestenunterstützung 460 768 Mk. Von jedem Wochenbeitrage erhielten also die Mitglieder 22 Pf. in Form von Unterstützungen bar zurückgezahlt. Von der Gesamteinnahme waren 38,2 Proz. zur Auszahlung der Unterstützungen erforderlich.

Die Aufwendungen des Verbandes für Lohnbewegungen haben den Mitgliedern eine hohe Verzinsung ihrer Beiträge eingetragen. Nicht weniger als 94 Proz. aller Bewegungen sind für die Teilnehmer erfolgreich abgeschlossen worden. Insgesamt führte der Verband im Jahre 1912 1046 Lohnbewegungen, die sich auf 229 Orte und 2 Stromgebiete erstreckten. Daran waren 126 101 Personen in 4994 Betrieben beteiligt. 77 236 Personen gehörten davon dem Verbands an. Von diesen Bewegungen wurden 913 angriffsweise geführt, der Rest waren Abwehrbewegungen. Von den Angriffsbewegungen konnten 752 ohne Arbeitseinstellung mit Erfolg beendet werden, 161 Bewegungen fanden erst nach erfolgter Arbeitseinstellung ihren Abschluß. Von den Angriffsbewegungen entfielen 349 auf das Handelsgewerbe, 231 auf das Transport-, 39 auf das Verkehrsgewerbe, 133 auf diverse Gewerbe. Von den Abwehrbewegungen entfielen 21 auf das Handelsgewerbe, 15 auf das Transport-, 2 auf das Verkehrs- und 6 auf diverse Gewerbe. An den Streiks waren 16 890 Personen beteiligt. Mit 5 Aussperrungen wurden 587 Mitglieder betroffen, bei 2 dieser Bewegungen gingen die Arbeiter als Sieger hervor. Durch Kämpfe anderer Gewerkschaften wurden 1978 Mitglieder des Transportarbeiterverbandes in Mitleidenschaft gezogen. Erzielt wurde: für 34 565 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit um 191 953 Stunden oder 5,6 Stunden für jeden Beteiligten pro Woche. Das ist der höchste bisher seitens des Verbandes erzielte Erfolg für den einzelnen Beteiligten. Die entsprechenden Ziffern für die früheren Jahre waren: 1908 3,8 Stunden, 1909 daselbe, 1910 4,5 Stunden und 1911 4,8 Stunden pro Mann und Woche. Zu diesem Erfolg kommt noch die erfolgreiche Abwehr von Versuchen der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern. Es gelang für 107 Personen eine Verlängerung der Arbeitszeit um 939 Stunden wöchentlich abzuwehren.

Für 70 144 Personen wurden Lohn erhöhungen im Gesamtbetrage von 180 316 Mk. erreicht. Im Durchschnitt beträgt die erzielte Lohnerhöhung für den einzelnen Beteiligten 2,57 Mk. pro Woche, die Gesamtsumme der Lohnerhöhungen 9 480 268 Mk. pro Jahr. Bei den Abwehrbewegungen konnte der Verband für 622 Personen 1495,91 Mk. Lohnkürzungen pro Woche zurückweisen. Außer diesen Erfolgen sind durch die vom Transportarbeiterverbande geführten Bewegungen noch für 79 278 Personen sonstige Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses erzielt worden. So wurde eine Bezahlung der Ueberstunden in 2087 Betrieben und für 50 249 Beteiligte erreicht.

Desgleichen wurde die erhöhte Bezahlung der Nachtarbeit für 23 386 Personen durchgesetzt. Aufschläge zum Lohn für Sonn- und Feiertagsarbeit konnten in 1648 Betrieben für 26 435 Personen erkämpft werden. Die Festlegung eines Sommerurlaubs gelang dem Verbands in 530 Betrieben mit 7198 beschäftigten Personen. Dazu kommen noch eine ganze Reihe anderer Erfolge, wie Anerkennung des Arbeitsnachweises usw. Bei den vom Verbands geführten Abwehrbewegungen sind für 622 Personen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurückgewiesen worden.

Es gelang dem Verbands ferner, 320 Tarifverträge neu abzuschließen, und 129 der abgelaufenen Verträge zu erneuern. Erfast wurden dabei 2626 Betriebe mit 44 745 beschäftigten Personen. Die Tarife verteilen sich auf das Handelsgewerbe 43,4 Proz., auf das Transportgewerbe 35,4 Proz., Verkehrsgewerbe 2,7 Proz. und diverse Gewerbe 18,5 Prozent. Am Schluß des Jahres 1912 standen 77 005 Verbandsmitglieder in 8412 Betrieben im Tarifverhältnis mit den Arbeitgebern.

Die Arbeitsnachweise des Transportarbeiterverbandes haben 1912 ebenfalls eine gute Entwicklung ihrer Frequenziffern aufzuweisen. Gemeldet wurden an diese 62 877 offene Stellen und 55 115 dieser konnten mit Verbandsmitgliedern besetzt werden, gegenüber dem Jahre 1911 ist die Zahl der gemeldeten Stellen um 14,6 Proz. gewachsen. So war es möglich, die arbeitslosen Mitglieder in größerem Maße wieder in Arbeit zu bringen.

Auch über die sozialpolitische Tätigkeit des Verbandes kann sein Jahrbuch manches Erfreuliche berichten. So über Fortschritte in der örtlichen Regelung der Sonntagsruhe, des Achtuhrladenschlusses usw.

Das Zusammenarbeiten der Hafenarbeiter, Seeleute und Transportarbeiter in der Einheitsorganisation hat somit zweifellos große und gute Erfolge für die Arbeiterschaft des Gesamtberufes gebracht und dabei die Organisation selbst zu einem großen wirtschaftlichen Machtfaktor ausgestaltet, mit dem, wie die Tatsachen bezeugen, selbst die größten der Unternehmer im Transportgewerbe wie Hapag und Lloyd rechnen müssen. D.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Aus der Würdigung des Lebenswerkes August Bebel's in unserer Gewerkschafts-pressen tragen wir heute einige markante Aeußerungen nach:

„Bäcker- und Konditoren-Zeitung“:

„Wie im allgemeinen die deutsche Arbeiterschaft Bebel insbesondere den Arbeiterschutz und die Arbeiterversicherung zu verdanken hat, so auch vornehmlich die Bäcker und Konditoren das Schutzgesetz über die Maximalarbeitszeit. Durch seine furchtbare Anklage in der Broschüre „Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien“ wurde erst die Regierung auf die himmelschreienden Zustände in den Bäckereien aufmerksam gemacht. Von den Unternehmern wurde Bebel der Lüge und Verleumdung geziehen und in der niederträchtigsten Weise gegen ihn die Dessenlichkeit aufzuheben versucht. Jedoch durch die von der Regierung hierauf vorgenommene Enquete wurden nicht nur die Bebel'schen Angaben bestätigt, sondern noch weit grauenhaftere Zustände an das Tageslicht gefördert. Jetzt erst wurde die heute noch bestehende Bundesratsverordnung erlassen, nach der die Arbeiter in den Bäckereien täglich zwölf beziehungsweise dreizehn Stunden beschäftigt werden dürfen. Wir schulden Bebel den größten Dank.“

Der Verband der Bäcker und Konditoren veranstaltet Ende September in allen Verbandsorten Agitationsversammlungen, um die Berufsangehörigen zum Kampfe für ihre Interessen aufzurufen. — Im ersten Halbjahre d. J. führte der Verband insgesamt 47 Lohnbewegungen in 2394 Betrieben mit 5863 Beschäftigten. In 12 Fällen kam es zu Streiks, die sich auf 1462 Betriebe mit 3749 Arbeitern erstreckten. Die Erwerbslosen verteilen sich: Arbeitszeitverkürzung für 1628 Personen insgesamt wöchentlich 11 683 Stunden; Lohnerhöhungen für 2137 Personen mit 3442 Mk. wöchentlich. Der wöchentliche Ruhetag wurde für 664 Personen eingeführt; die Bezahlung oder höhere Bezahlung der Ueberstunden wurde für 927 Personen durchgesetzt und an sonstigen Vorteilen, wie Bezahlung der Sonntagsarbeit oder Aufschlag hierfür, Einführung der Bargeldentlohnung und Ferien, waren 1049 Personen beteiligt.

In 38 Fällen wurden mit den Unternehmern oder ihren Organisationen Tarife abgeschlossen. Sie umfassen 783 Betriebe mit 1936 beschäftigten Personen.

Die Mitgliederzahl des Buchdruckerverbandes betrug am Schlusse des 1. Quartals 67 393. Die Zahl der im Quartal arbeitslosen Mitglieder betrug 8335, die Zahl der Arbeitslosenstage 213 604. Für Unterstützungen, Verwaltung usw. verausgabte die Hauptkasse im zweiten Quartal 712 008 Mark. Der Vermögensbestand stieg von 9 768 791 Mark auf 10 160 929 Mk.

Der Gastwirtsgehilfenverband zählte am Schlusse des 2. Quartals 16 171 Mitglieder gegen 15 818 im 1. Quartal. Für Reise- und Arbeitslosenunterstützung wurden 469 Mk., Krankenunterstützung 11 190 Mk., Streiks- und Gemäßregeltenunterstützung 1422 Mk., Arbeitsvermittlung 2367 Mark verausgabt. Der Bestand der Hauptkasse betrug 190 436 Mk.

Die Abrechnung des Holzarbeiterverbandes für das 1. Quartal ergibt eine Zunahme von 1453 Mitgliedern auf 195 357. An Wochenbeiträgen vereinnahmte der Verband 1 228 368 Mk. Die Ausgaben für Reiseunterstützung betragen 26 213 Mk., Arbeitslosenunterstützung 360 772 Mk., Streikunterstützung 98 911 Mk., Krankenunterstützung 237 008 Mk., Gemäßregeltenunterstützung 21 766 Mk. usw. Der Vermögensbestand erreichte die Höhe von 7 514 392 Mk., davon 2 489 391 Mk. in den Lokalkassen.

Im ersten Halbjahr 1913 verausgabte der Steinseherverband für Streikunterstützung im Beruf 11 988 Mk., Krankenunterstützung 14 741 Mark, Sterbegeld 6200 Mk., Reiseunterstützung 1405 Mark. Der Vermögensbestand betrug 314 146 Mk., davon 95 453 Mk. in der Hauptkasse.

Der Transportarbeiterverband zählte am Schlusse des 1. Quartals 229 200 Mitglieder. Für Unterstützungen wurden 583 013 Mk. verausgabt; davon entfallen u. a. 222 211 Mk. auf Arbeitslosen- und 311 432 Mk. auf Krankenunterstützung. Die Lohnbewegungen erforderten eine Ausgabe von 165 272 Mk., darunter 135 934 Mk. für Streikunterstützung und 24 946 Mk. für Gemäßregeltenunterstützung. Der Kassenbestand betrug 1 840 132 Mk., wozu 1 228 048 Mk. Bestände der Lokalkassen kommen.

Gegen die von uns bereits glossierte Einmischung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Niederbarnim in die Angelegenheiten des Metallarbeiterverbandes

wendet sich der „Textilarbeiter“ mit außer-gewöhnlicher Schärfe. Der „Textilarbeiter“ bezeichnet die Resolution der Niederbarnimer Generalversammlung „in mehrfacher Hinsicht als eine große Dummheit. Zunächst einmal, weil sie dem größten Feinde erfolgreicher Massenaktionen, nämlich der Disziplinlosigkeit, einen Freibrief ausgestellt wissen will, dann aber auch, weil sie aus einem Extrem ins andere fällt, indem sie behauptet, die eben noch so ungestümen Streiker würden zu Gelben, zu prinzipiellen Nichtstreikern, werden, wenn sie den Freibrief auf Disziplinlosigkeit nicht bekommen. Nichts zeigt wohl deutlicher wie diese Zerlegung der Resolution in ihre Beweggründe, mit welcher Oberflächlichkeit an ihre Abfassung gegangen worden ist.“

Das Blatt wendet sich sodann gegen den Abgeordneten des Kreises Niederbarnim, der für die Annahme der fraglichen Resolution plädierte und auf dessen Eingreifen es zurückzuführen ist, daß die Kreisgeneralversammlung sich zum Kapitulationswächter in einer Frage aufwarf, die sie gar nichts anging. Der „Textilarbeiter“ wirft Stadthagen vor, in einer Frage leichtfertig geurteilt zu haben, die für den Metallarbeiterverband wie für alle anderen Gewerkschaften eine Lebensfrage ist. „Die Ausführungen Stadthagens zeugen von einer unglaublichen Verkennung der Verhältnisse auf dem gewerkschaftlichen Kampfplatze. Um so mehr müssen dann aber die Gewerkschaften verlangen, daß sich Leute, deren Tätigkeit auf einem Gebiete liegt, von wo aus sie keine Fühlung mit der Wirklichkeit haben, nicht in Dinge hineinmischen, die ihnen fremd sind.“ Das Blatt schließt seinen Artikel mit folgenden Bemerkungen:

„Aber es ist eben augenblicklich wieder einmal Mode geworden, auf die Gewerkschaftsbeamten loszuhaufen; und damit dies recht erfolgreich geschieht, ist solche, durch keinerlei Sachkenntnis getriebene Aufstachelung der Massen, welche die Einzelheiten auch nicht kennen, ein ganz probates Mittel. Es ist aber auch ein sehr freventliches Spiel mit der ganzen Arbeiterbewegung; nicht zuletzt mit ihrem politischen Teil. Da diskutiert man politische Probleme und Kampfmittel, bei denen der letzte Mann mit eiserner Disziplin ausgeboten werden soll und in demselben Atemzuge zerstört man die Disziplin und vernichtet das Vertrauen der Masse in die Führer, die zur Handhabung des jetzt am meisten propagierten Kampfmittels unerlässlich sind. Wie lange wird sich denn die Parteipresse solch freventliches Spiel gefallen lassen?“

Wir unsererseits erheben namens der Gewerkschaftsbewegung gegen die Tendenz der Resolution der Niederbarnimer Kreisgeneralversammlung entschiedensten Protest. In der gegenwärtigen Zeit der niedergehenden Konjunktur werden an die Leitungen der Gewerkschaften so vielseitige und hohe Anforderungen gestellt, daß außerhalb der Gewerkschaftsbewegung keine andere Personen nicht noch dazu beitragen sollten, durch ihre Unkenntnis die Schwierigkeiten zu erhöhen. Wir erwarten von der gesamten Arbeiterpresse, daß sie der in der Niederbarnimer Resolution zum Ausdruck gebrachten Tendenz entschieden entgegenzutreten werde. Ebenso erwarten wir aber auch, daß sie der Satz gegen

die Gewerkschaftsbeamten entgegentritt; anderenfalls werden diese Mannes genug sein, dem Lieblingsunfug gewisser Leute ein ganz geharnischtes Paroli zu bieten."

Kongresse.

Die 14. Jahreskonferenz der britischen Föderation der Gewerkschaften.

Die Föderation entstand laut Beschluß des Gewerkschaftskongresses ein Jahr vor der Gründung der Arbeiterpartei, die ja ebenfalls ein Kind des Kongresses ist. Den direkten Anstoß zur Gründung der Föderation gab der große Streik der Maschinenbauer im Jahre 1897/98, der mit einer Niederlage für die Arbeiter endete. Während dieser Bewegung benahm sich das parlamentarische Comité des Gewerkschaftskongresses höchst seltsam. Trotzdem es von allen Seiten aufgefordert wurde, etwas zur Unterstützung der Bewegung zu tun, blieb es unschlüssig und war zu nichts zu bewegen. Diese Stellung rief in den gesamten Gewerkschaftskreisen eine riesenhafte Empörung hervor und selbst in bürgerlichen Kreisen äußerte man Befremden über diese Handlungsweise. In jener Periode befand sich die gesamte Gewerkschaftsbewegung in einer schweren Krise und die einzige nationale Körperschaft, die damals in Großbritannien zur Vertretung allgemeiner Interessen der Arbeiterbewegung bestand, konnte sich nicht einmal zu einem Aufruf zur Geldsammlung aufrufen!

Das riß dem Faß den Boden aus. Auch das indifferenteste Gewerkschaftsmitglied fühlte, daß die Dinge nicht mehr so weiter gehen konnten, daß irgend etwas geschaffen werden mußte zur Wahrung der allgemeinen Interessen der Arbeiterbewegung. Allseitig erhoben sich Proteste gegen den Weiterbestand des parl. Comité's, man hielt dasselbe für einen Hemmschuh einer gedeihlichen Fortentwicklung der Arbeiterbewegung. So drängten die fortschrittenen Elemente zur Gründung einer neuen Organisation und es kam die Föderation der Gewerkschaften zustande. Der Gedanke der Föderation war allerdings nichts Neues, seit Jahren war es von verschiedenen Seiten propagiert worden. Man wollte vor allem Dingen eine Widerstandskasse gründen zwecks allgemeiner finanzieller Unterstützung bei Streiks. Es hatte sich die Ueberzeugung durchgeformt, daß die gewöhnliche Streikunterstützung der einzelnen Gewerkschaften nicht ausreichend sei und das System der allgemeinen Sammellisten hatte sich als unpraktisch erwiesen. Die Gründung der Widerstandskasse wurde nun der Hauptzweck der Föderation. Aus diesem Grunde mußten auch die Beiträge ziemlich hoch sein; diese wurden in zwei Klassen eingeteilt. Für die erste Klasse mußten 6 Pence pro Mitglied und Quartier entrichtet werden. Für die zweite Klasse 4 Pence. In 1905 war der Reservefonds bereits so groß, daß man dazu überging, den Beitrag zu verringern. Damals gab es nur wenige größere Streiks. Auf dem Kontinent war man vielfach der Meinung, es sei dieses auf die große Ausbreitung des Tarifwesens zurückzuführen, in Wirklichkeit aber stagnierte die gesamte Bewegung.

Die Gründung einer Widerstandskasse war nun aber bei weitem nicht der einzige Zweck der Föderation. Man wollte einen größeren Zusammenschluß, oder besser gesagt, man wollte eine einheitliche festgefügte Gewerkschaftsbewegung schaffen und in der Föderation erblickte man das Mittel hierzu. Das war auch der Grund, weshalb sich gerade die

fortgeschrittensten Gewerkschaften derselben angeschlossen, während sich gerade die großen konservativen Organisationen von derselben fernhielten.

Indessen hat die Föderation nicht die Hoffnungen erfüllen können, die man anfänglich in sie gesetzt hatte. Das Motiv hierzu ist wohl darin zu suchen, daß seit der Gründung der Arbeiterpartei neues Leben in die Arbeiterbewegung Englands gekommen ist und die gesamte Entwicklung eine ganz andere Richtung angenommen hat als man anfänglich annahm. Einige Jahre zurück z. B. träumte man ernstlich von einem Verschwinden des Gewerkschaftskongresses; in letzter Zeit aber ist das Ansehen desselben ganz enorm gestiegen und ist an ein Verschwinden gar nicht zu denken.

Die Stimmung auf der letzten Jahreskonferenz der Föderation, die in Cork (Irland) am 3. und 4. Juli tagte, war eine ziemlich gekämpfte, weil im Entwicklungsgang derselben in den letzten Jahren eine Stagnation zu verzeichnen ist. Die Konferenz wurde vom Genossen J. O'Grady, Parlamentsmitglied, eröffnet, welcher etwa folgendes ausführte: Die in der Halle anwesenden Delegierten repräsentierten 874 281 organisierte Arbeiter. Die Föderation habe leider einen Verlust von 10 000 Mitgliedern zu verzeichnen, was dadurch hervorgerufen sei, daß einige Gewerkschaften sich abgezweigt haben. Er könne den Standpunkt dieser Gewerkschaften nicht verstehen. Einige unter diesen zählten zu den extremsten des Landes. Redner besprach eingehend den finanziellen Verlust, den die Fonds der Föderation in den letzten Jahren erlitten und welcher durch die großen Streiks hervorgerufen wurde und meinte, es müßten Mittel und Wege gefunden werden, um den Reservefonds wieder auf seine frühere Höhe zu bringen, damit die Föderation auch in Zukunft in der Lage sei, die Rechte der Arbeiter zu verteidigen. Tarifabschlüsse seien ja eine absolute Notwendigkeit, nur sei es ein Unglück, daß sich die Vereinbarungen gewöhnlich über eine lange Zeitperiode erstreckten, wodurch die Bewegungsfreiheit der Arbeiter gelähmt wurde.

Die Debatten drehten sich, außer dem Jahresbericht, über den wir bereits an dieser Stelle berichten, in der Hauptsache um 5 Resolutionen, die der Verwaltungsrat der Konferenz unterbreitet; diese lauten: 1. Der Verwaltungsrat wird beauftragt, eine Methode zu formulieren, womit man in der Zukunft internationale finanzielle Appelle erledigen kann, ob dieselbe nun vom internationalen Bureau an Großbritannien gerichtet sind oder umgekehrt.

2. Da es immer praktisch wäre, wenn die Jahreskonferenz in solchen Orten abgehalten würde, wo die Gewerkschaftsbewegung schwach oder sonst Rat und Hilfe bedarf, bleibt die Ortsbestimmung zur Abhaltung der Konferenzen dem Verwaltungsrat überlassen.

3. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die beste Methode, um der Konkurrenz der Versicherungsgesellschaften widerstehen zu können, darin besteht, daß der Verwaltungsrat eine eigene Lebensversicherung für die Gewerkschaften schafft und begrüßt die bereits in dieser Richtung unternommenen Schritte des Rates.

4. Dem Verwaltungsrat wird die Vollmacht erteilt, die Beiträge so zu erhöhen, daß der Reservefonds wieder auf eine angemessene Höhe gebracht wird.

5. Die Streikunterstützung soll vorläufig von 8 auf 6 Wochen reduziert werden. (Dieser Antrag wurde jedoch zurückgezogen.)

In bezug auf den ersten Antrag, der sich mit der internationalen Solidarität befaßt, ist zu bemerken, daß diese Debatte durch die scharfe Kritik im Jahres-